

Bauaktivitäten bei den Bundesstraßen, die durchfinanziert sind, dadurch erhöhen, dass wir zunächst die Planungs- und dann die Genehmigungskapazitäten hochfahren. Das ist der eine Teil der Geschichte.

Bei den Landesstraßen ist es exakt so, wie ich es gerade gesagt habe: Sie haben 2011 eine sogenannte Priorisierungsliste gemacht, die für sehr viele Projekte – Sie haben eben selbst eine Zahl genannt: über 100 – nichts anderes als einen Stopp, ein Anhalten bedeutet hat. Sie werfen uns heute vor, dass wir nicht aus dem Stand ein neues Landesstraßenbauprogramm vorlegen können.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Viele dieser Projekte sind nicht planfestgestellt und nicht baureif gewesen. Da muss man jetzt noch sehr viele Schritte machen, viel Hand anlegen, weil insbesondere die Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht mehr auf dem neuesten Stand sind.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Aber die 180 sind weitergeplant worden!)

Da ist ein Deckblattverfahren nichts. An vielen Stellen muss man wieder ganz vorne ansetzen. Das ist die Geschichte. Da können Sie nicht einfach sagen: Holen Sie die doch aus der Schublade heraus. Warum sind es nur 5 Millionen € mehr?

Im Landesbauprogramm 2018, über das wir morgen in der Haushaltsdebatte gerne noch diskutieren, ist alles drin, was baureif werden kann – Projekte, die Sie verbuddelt haben, die Lutz Lienenkämper schon planfestgestellt hatte. Da ist alles drin, was wir machen können. Wir werden in den nächsten Jahren mehr machen, mehr von Ihren blockierten Planungen wieder zum Leben erwecken.

Das sind aber zwei völlig unterschiedliche Themen. Für den Teil Landesstraßen tragen Sie alleine die Verantwortung. Das waren Sie von Rot-Grün in Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der CDU, der FDP und Alexander Langguth [fraktionslos])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Ich habe gerade noch überlegt, was man zu den toten Vögeln sagen kann, die Sie in Ihren Reden heute häufiger bemüht haben. Mir ist aber nichts Passendes eingefallen.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, sind wir am Schluss der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Verkehrsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1405, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/812 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Ich darf fragen, wer dem Antrag der Fraktion

der SPD zustimmen möchte. Diejenigen bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Langguth, Neppe und Pretzell. Ich frage, ob es Enthaltungen gibt. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit hat der **Antrag Drucksache 17/812** nicht die Mehrheit der Stimmen des Hauses gefunden und ist **abgelehnt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3 Gesetz zur Änderung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung – BauO NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/493

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Heimat,
Kommunales, Bauen und Wohnen
Drucksache 17/1418 (Neudruck)

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Schruppf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Fabian Schrupf (CDU) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann hier nahtlos an die Haushaltsdebatte anknüpfen. Die Versorgung einer wachsenden Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum und einer wachsenden Wirtschaft mit ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen ist eine der zentralen Herausforderungen, denen wir uns heute sowie in den kommenden Monaten und Jahren stellen müssen.

Das Ziel ist dabei klar und dürfte in diesem Hohen Haus weitestgehend Konsens sein: Bauen in Nordrhein-Westfalen muss schneller und günstiger werden. Zugleich müssen Qualität und Sicherheit gewahrt bleiben.

Die Gründe für Wohnungsmangel sind vielschichtig. Deshalb gibt es auch nicht die eine Maßnahme, die von heute auf morgen alle Probleme löst, angefangen bei der Mobilisierung von Bauland über die Anpassung der Landesentwicklungsplanung bis hin zu den teils immensen Kosten für das Bauen. Es gibt einige Stellschrauben, mit denen man das Bauen erleichtern und kostengünstiger gestalten bzw. entsprechende Anreize setzen kann.

Leider ist in den letzten Jahren aber genau das Gegenteil von dem gemacht worden, was notwendig gewesen wäre, um das Bauen einfacher und vor allem

auch wieder bezahlbarer zu machen. Der rot-grüne Landesentwicklungsplan hat das Ausweisen von Bauland in Teilen des Landes de facto unmöglich gemacht. Mit der Novellierung der Bauordnung im Jahr 2016 wurde das Bauen stellenweise sogar noch weiter verteuert. Zugleich wurden bei der Novellierung Chancen zur Vereinfachung und Effizienzsteigerung ausgelassen.

Wenn sich die Baukosten weiter verteuern, steigen logischerweise auch die Mieten. Die Leidtragenden sind vor allem die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen in unserer Gesellschaft, die von ihrem Einkommen bereits jetzt einen großen Teil für die Miete aufwenden müssen. Für sie wirkt sich jede Verteuerung logischerweise besonders schmerzlich aus.

Auch viele Familien scheuen oftmals den Schritt, Eigentum zu schaffen oder zu erwerben, da dies unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen trotz der historisch niedrigen Zinsen mit großen finanziellen Hürden verbunden ist.

Meine Damen und Herren, jetzt müsste man meinen, dass dies ein Zustand ist, der nicht nur Christ-, sondern gerade auch Sozialdemokraten zu denken gibt. Dieser Zustand beschränkt sich schon lange nicht mehr auf Ballungszentren und Universitätsstädte in unserem Land, sondern erstreckt sich längst auch auf das Umland.

Durch immer neue Vorschriften haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, gerade auch Familien und Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen beim Thema Wohnen Steine in den Weg gelegt. Diese Steine werden wir nun konsequent aus dem Weg räumen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu bilden die Evaluierung und die anschließende Überarbeitung der Landesbauordnung wichtige Schritte. Wir werden die Landesbauordnung auf Regelungen hin untersuchen, die das Bauen unnötig verteuern, verlängern oder komplizierter machen. Dafür, meine Damen und Herren, bedarf es dieses Moratoriums.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Moratorium führt nicht etwa zu Rechtsunsicherheit, wie Sie vonseiten der Opposition immer wieder gebetsmühlenartig behaupten. Ganz im Gegenteil, es schafft Klarheit und auch Rechtssicherheit. Die Botschaft ist nämlich eindeutig und für den Rechtsanwender auch leicht verständlich: Die allseits bekannte und seit vielen Jahren angewandte Landesbauordnung bleibt in ihrer jetzigen Form ein weiteres Jahr lang in Kraft. Darauf können sich die Beteiligten am Bau problemlos einstellen und damit arbeiten.

Dagegen würde es zur Rechtsunsicherheit führen, würden wir nun Ihre rot-grüne Novelle zunächst in Kraft treten lassen, um sie dann Stück für Stück zu überarbeiten bzw. zurückzunehmen. Gleiches würde

für den Fall gelten, nur einzelne Teile der Novelle in Kraft treten zu lassen. Diese Vorschläge der Opposition sind schlicht unseriös und würden über Jahre hinweg zu erheblicher Rechtsunsicherheit führen.

Von daher ist es nun konsequent und richtig, das Inkrafttreten der Novelle um ein Jahr zu verschieben und dann ein neues Regelwerk zu verabschieden, das sowohl den Bedürfnissen der am Bau Beteiligten als auch den Anforderungen an ein modernes Bauwesens gerecht wird.

Mit den inhaltlichen Schwerpunkten einer neuen Landesbauordnung wollen wir uns detailliert und in der gebotenen Tiefe im kommenden Jahr ausführlich auseinandersetzen. Dabei werden wir insbesondere Antworten auf die Fragen finden, wie die Landesbauordnung gestaltet sein muss, damit den Menschen in unserem Land schneller und effizienter genügend bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Die Notwendigkeit des Moratoriums und einer damit verbundenen Evaluierung der Landesbauordnung sehen nicht nur wir als NRW-Koalition. Diese Vorgehensweise wurde vielmehr auch bei der Anhörung der Fachverbände von vielen Sachverständigen bestätigt. Die CDU-Fraktion wird dem Moratorium natürlich zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie hier und heute dazu einladen, gemeinsam und konstruktiv an einer zukunftsfähigen Grundlage für mehr Wohnraum in unserem Land zu arbeiten. Dazu freue ich mich auf die Diskussion und Beratung im kommenden Jahr für eine zukunftsweisende Landesbauordnung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schrumpf. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Philipp das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Sarah Philipp (SPD): Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann es relativ kurz machen; denn inhaltlich haben wir heute leider nicht viel Neues zu besprechen.

Das Moratorium wird heute in zweiter Lesung diskutiert. Gleichwohl bleibt festzuhalten: Wir sind letztes Jahr um diese Zeit schon sehr viel weiter gewesen, als wir im Dezember 2016 in der letzten Sitzung vor der Weihnachtspause die Novellierung der Landesbauordnung der damals SPD-geführten Landesregierung verabschiedet haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war ein Rückschritt!)

Ich will noch einmal darauf verweisen, weil das in Ihrer Debatte immer etwas untergeht:

(Ralf Witzel [FDP]: Ein großer Rückschritt! – Gegenruf Sven Wolf [SPD]: Ein ausgewogener Kompromiss!)

Letztes Jahr im Dezember ging ein langer, sehr guter Prozess zu Ende. Sehr viele Betroffene, sehr viele Menschen und Verbände, hatten zu Recht sehr lange darauf gewartet, dass dieser Prozess endlich zum Ende kommt und die Novellierung verabschiedet werden kann. Am Ende ist für alle Beteiligten ein sehr akzeptabler Konsens nach einer sehr breiten Abstimmung dabei herausgekommen. Das soll heute deutlich gesagt werden. Die Beteiligung war vorbildlich. Auch das sei hier noch einmal festgehalten. Das Ergebnis konnte sich – so letzter Stand der Novellierung vom letzten Jahr – sehen lassen.

Ich will einmal einen Auszug der Verbesserungen nennen, die wir letztes Jahr vorgenommen haben.

Dazu zählt die zeitgemäße Verbesserung der Barrierefreiheit. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Dem Nachholbedarf bei rollstuhlgerechten Wohnungen sollte Rechnung getragen werden.

Wir haben für Klarstellungen beim Brandschutz gesorgt.

Wir haben das Bauen mit Holz erstmalig in die Landesbauordnung eingeführt.

Wir haben die Zuständigkeiten bei der Stellplatzverordnung verbessert, und wir haben Verfahrensregelungen gestrafft.

Das waren alles wichtige Punkte. Das war uns wichtig. Wir können zu diesem Zeitpunkt nur hoffen, dass Ihnen das weiterhin wichtig bleibt.

Wir lehnen dieses Moratorium ab, weil es für uns von Bedeutung gewesen wäre, dass diese Punkte, die letztes Jahr neu Eingang in die Landesbauordnung gefunden haben, sofort hätten in Kraft treten können. Das wären Verbesserungen gewesen, die sofort hätten auf den Weg gebracht werden müssen. Sie haben sich leider für dieses Moratorium und gegen diese Verbesserungen entschieden.

Das ist fachlich für uns überhaupt nicht nachvollziehbar. Das haben außer uns noch ganz viele andere nicht verstanden. Das ist leider dieser Entfesselungsstrategie geschuldet, über die wir heute schon den ganzen Tag mit Ihnen reden müssen. Das müssen wir jetzt so hinnehmen. Gleichwohl halten wir es für nicht vernünftig.

Noch ein paar Anmerkungen zum Verfahren: Kollege Schrumpf hat gesagt, er möchte gerne mit allen gemeinsam darüber diskutieren, wie die neue Landesbauordnung nach dem Moratorium aussehen kann. Das machen wir im Parlament sehr gerne. Die Minis-

terin macht es morgen schon im Rahmen eines Pressefrühstücks. Das ist auch sehr interessant. Wenn wir im Januar im Parlament über diese Verbesserungen reden dürfen, hat die Ministerin sie also schon der Presse vorgestellt.

(Sven Wolf [SPD]: Dann können wir es ja in der Zeitung lesen! – Stefan Kämmerling [SPD]: Das ist ja unmöglich!)

Das ist vom Verfahren her wirklich sehr, sehr fragwürdig. Das prangern wir an dieser Stelle ausdrücklich an.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir hätten es besser gefunden, wenn Sie darauf verzichtet und nicht auf dem Moratorium bestanden hätten. Das wäre zielführender gewesen. Wir hätten es zumindest konsequent gefunden, wenn Sie frühzeitig Ihre Änderungen vorgestellt und uns mitgeteilt hätten, was Ihnen an dieser Landesbauordnung, die im Dezember letzten Jahres auf den Weg gebracht worden ist, nicht gefällt. Bis heute lassen Sie offen, was Ihre Änderungen sind.

Wir freuen uns und sind ganz gespannt auf morgen früh. Sie haben bisher nichts getan, was Veränderungen nach vorne bringt. Sie haben hier keine Informationen vorgetragen. Das führt zu Verunsicherung. Das führt dazu, dass viele gute Sachen nicht gemacht werden können. Deswegen freuen wir uns auf die weitere Diskussion – auch wenn es uns nicht gefällt – und sind sehr gespannt, welche Punkte Sie zur Verbesserung beitragen. Wir lehnen das Moratorium aber trotzdem weiterhin ab. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Philipp. – Für die Fraktion der FDP hat nun Herr Kollege Paul das Wort.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für eine Aufregung! Was haben wir in den letzten Wochen gehört, wie es im Land aussieht: Investitionen würden verschoben, das Bauen mit Holz sei überhaupt nicht möglich, und vieles andere. Ich empfehle, in die Handlungsanleitung des Ministeriums unserer Ministerin Ina Scharrenbach zu schauen.

(Sven Wolf [SPD]: Das haben die Sachverständigen sehr genau beschrieben!)

Selbst das Bauen mit Holz ist in der Zwischenzeit möglich. Es ist alles viel entspannter, als es uns hier vorgegaukelt wird.

Je nachdem, wie man rechnet, haben Sie sechs oder sieben Jahre gebraucht, um Ihre rot-grüne Landesbauordnung in Gesetzesform zu bringen.

(Sven Wolf [SPD]: Das ist der Unterschied: Es war keine ideologische Landesbauordnung, Herr Kollege! Es war keine ideologische!)

Dieses Ministerium und diese neue Landtagsmehrheit schaffen das in wenigen Wochen und Monaten. Also, die Kritik ist wirklich abwegig.

Ich möchte mit einem Zitat meines sehr geschätzten Kollegen und Vorgängers im Sprecheramt für Bauen und Wohnen, Holger Ellerbrock, anfangen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Oh, den haben wir schon vermisst!)

Er hat hier einmal sehr schön über die alte Landesbauordnung, für die Sie Jahre gebraucht haben, gesagt:

„Sie ist nämlich ‚b‘ wie bürokratisch, ‚a‘ wie anfällig für Nachbesserungsbedarf und ‚u‘ wie undurchdacht.“

Wenn man Jahre dafür braucht, ist die heutige Kritik am Moratorium und daran, dass innerhalb kurzer Zeit eine neue Bauordnung vorgelegt wird, gar nicht verständlich. Morgen früh um 9 Uhr ist es so weit.

Es ist dringend notwendig, die rot-grüne Landesbauordnung zu überarbeiten, weil sie bürokratisch ist, weil sie anfällig für Nachbesserungsbedarf ist und weil sie undurchdacht war. Die rot-grüne Landesbauordnung muss überarbeitet werden. Wir wollen das Bauen in Nordrhein-Westfalen entbürokratisieren. Wir wollen es beschleunigen und nicht weiter verteuern.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die entsprechende Anhörung im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat doch ein klares Bild ergeben. Nahezu alle Verbände begrüßen den von uns geplanten Aufschub

(Stefan Kämmerling [SPD]: Wo waren Sie denn?)

des Inkrafttretens der rot-grünen Landesbauordnung. Das kann jeder nachlesen.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Quatsch!)

– Lieber Herr Kämmerling, Sie haben die Anhörung geleitet. Vorsicht mit Zwischenrufen! Nahezu alle Verbände haben uns schriftlich gegeben,

(Stefan Kämmerling [SPD]: Ja, das kann jeder nachlesen!)

dass sie das Moratorium begrüßen. So formulierte etwa die Architektenkammer in Nordrhein-Westfalen in ihrer schriftlichen Stellungnahme – ich zitiere – :

„Andererseits machen sie das Bauen teilweise komplizierter und langwieriger und führen nachweislich zu erheblichen Baukostensteigerungen.“

(Sarah Philipp [SPD]: Die haben Sie gar nicht eingeladen!)

Gemeint sind die Regelungen in der rot-grünen Landesbauordnung. – Diese Baukostensteigerungen führen auch dazu, dass sie im Umkehrschluss die Miete erhöht,

(Christof Rasche [FDP]: Unsoziale Politik!)

wovor verständlicherweise sogar der Mieterbund in der Anhörung gewarnt hat.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP] – Stefan Kämmerling [SPD]: Die das anders sehen, durften doch nicht kommen. Diese Sachverständigen waren nicht eingeladen!)

Die Architektenkammer geht sogar weiter – ich zitiere wieder wörtlich –: Die Architektenkammer unterstützt daher

„den Landesgesetzgeber in der Absicht, das Inkrafttreten der BauO 2016 durch ein Moratorium auszusetzen. Während dieses Moratoriums kann ein zeitgemäßes Bauordnungsrecht entwickelt werden, das einen nachhaltigen Beitrag zur Schaffung von bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum sowie zur Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren leistet.“

So sehen es auch die meisten anderen Verbände wie beispielsweise der Verband der Bauindustrie, der Verband der Wohnungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen, der Landesverband des Bundesverbandes der Freien Immobilien- und Wohnungswirtschaft BFW Nordrhein-Westfalen. Sie alle raten in ihren Stellungnahmen, die Landesbauordnung stärker an die Musterbauordnung des Bundes anzugleichen.

Der Verband der Bauindustrie schreibt uns dazu – auch für Sie alle nachlesbar, wenn Sie von der SPD-Fraktion es mir nicht glauben wollen –, ich zitiere wörtlich:

„Das grundsätzliche Ziel einer erneuten Modifizierung der BauO NRW muss es sein, diese stärker an die Musterbauordnung anzupassen und wenn möglich weitestgehend zu vereinheitlichen. Die bestehende Vielzahl von landesspezifischen Abweichungen in der BauO NRW wirkt als Baukostentreiber und Standortnachteil für preisgünstiges Bauen in Nordrhein-Westfalen.“

Ich glaube, deutlicher kann man Ihnen gar nicht attestieren, was das ist, was Sie da jahrelang vorbereitet haben.

Das Bauen in Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren deutlich verteuert. Das Ziel unserer Koalition ist, das Bauen schneller und kostengünstiger zu ermöglichen als unter der im letzten Jahr verabschiedeten rot-grünen Landesbauordnung.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Die Bauordnung ist doch noch gar nicht in Kraft!)

Deshalb bitte ich Sie, dem Gesetzentwurf der Landesregierung für das Moratorium zuzustimmen. Das ist notwendig, weil es der einzige Weg ist, um die von der abgewählten rot-grünen Landesregierung beschlossene Baukostensteigerung in Nordrhein-Westfalen noch abzuwenden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. Im Übrigen auch Gratulation zur absoluten Punktlandung bezüglich der Redezeit!

(Stefan Kämmerling [SPD]: Aber nicht inhaltlich!)

Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Klocke das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bemühe mich auch, die Redezeit diesmal einzuhalten oder sie kürzer zu halten.

Herr Kollege Paul! Mehr entlarven als mit Ihren letzten beiden Sätzen kann man sich in einer Rede nicht. Einer Bauordnung, die nie in Kraft getreten ist, zu unterstellen, sie habe dazu beigetragen, dass es in unserem Land eine massive Baukostensteigerung gibt – also da braucht es nicht viel Grips, um sich selbst zu entlarven. Diese Bauordnung ist auch keine rot-grüne oder ideologische – oder was auch immer – Bauordnung.

Sie sollten sich ja mittlerweile auch ein bisschen eingearbeitet haben:

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Eine Landesbauordnung wird alle zehn bis 15 Jahre im Landtag debattiert und auch entsprechend verabschiedet. Das war unter jeglicher Regierungskonstellation so, jedenfalls in den sieben Jahren, in denen ich Parlamentarier und in dem zuständigen Ausschuss war.

Wir hatten mehrere Anhörungen. Es gab zwei große Verbändeanhörungen. Wir hatten hier im Plenarsaal eine große Anhörung zur Landesbauordnung mit 40 Verbänden. Natürlich gab es unterschiedliche Stellungnahmen. Sie haben das gerade in Ihrer Rede völlig verkürzt. Wie kann man das so darstellen? Sie waren doch auch anwesend.

Von den kommunalen Spitzenverbänden beispielsweise – Landkreistag, Städtetag etc. – hat niemand die Aussetzung der Novellierung unterstützt. Wenn Sie das so darstellen und behaupten, in der Anhörung hätten nahezu alle Verbände das unterstützt – die zentralen kommunalen Spitzenverbände des Landes haben es eben nicht unterstützt.

(Sven Wolf [SPD]: Sozialverbände!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP! Natürlich ist es legitim: Sie haben die Landtagswahl gewonnen – wenn auch nur mit einem Sitz – und stellen jetzt die Landesregierung. Sie haben natürlich das Recht, eine Landesbauordnung zu überarbeiten und nach Ihren Vorstellungen Schwerpunkte zu setzen.

Worin liegt aber die Begründung dafür, dass wir am 1. Januar ein einjähriges Moratorium bekommen und uns die Ministerin schon morgen früh, vor dem 1. Januar, ihre Reformvorschläge vorlegt? Warum haben Sie das nicht in diesem Jahr oder Anfang nächsten Jahres einfachgesetzlich geregelt, indem Sie an den Punkten, an denen Sie Änderungen vornehmen wollen, Ihre Änderungsvorschläge zur Landesbauordnung – was ja legitim ist – beschließen und ansonsten die Landesbauordnung in Kraft tritt?

(Sven Wolf [SPD]: Genau!)

Das haben uns doch insbesondere die kommunalen Spitzenvertreter ins Stammbuch geschrieben, die sagen: Es gibt eine massive Verunsicherung in unseren Kommunalverwaltungen, weil sich alle Bauämter, alle staatlichen Verwaltungen darauf eingestellt haben, dass diese Bauordnung kommt.

Jetzt braucht es doch, beispielsweise bei Neubaugebieten mit Blick auf die Stellplatzverordnung – wie viele Anschreiben haben wir in den letzten Monaten und Jahren aus kommunalen Verwaltungen bekommen! –, einen neuen Stellplatzschlüssel, was für Neubaugebiete eine dringende Voraussetzung ist.

Zum Bauen mit Holz haben Sie gerade so nonchalant gesagt: Das ist doch für uns kein Problem! – Die bestehende nordrhein-westfälische Landesbauordnung ist die rückschrittlichste in der Frage des Bauens mit Holz. Sie wollen doch immer entfesseln und Wirtschaftskraft steigern. Der Mittelstand ist im Bereich Bauen mit Holz stark unterwegs. Sie werden doch genauso Gespräche mit den Verbänden und mit den Firmen, auch mit den Mittelständlern, geführt haben. Diese Unternehmer warten dringend auf eine Landesbauordnung, die ihnen die Arbeit erleichtert und dazu beiträgt, dass Genehmigungsverfahren laufen.

All das ist in der neuen Landesbauordnung berücksichtigt worden

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

und könnte in Kraft treten, wenn Sie denn die Landesbauordnung, wie es ursprünglich geplant war, zum 1. Januar in Kraft treten lassen würden.

Liebe Kollegen von CDU und FDP, ich billige Ihnen völlig zu, dass Sie an einzelnen Punkten Änderungen vornehmen. Ich bin gespannt – das habe ich ja gerade zum Verkehrsbereich auch schon gesagt –, ob sich Bauen, wenn wir nach fünf Jahren Bilanz ziehen,

tatsächlich so sehr beschleunigt und vereinfacht hat und günstiger geworden ist.

Wenn wir darüber reden, aufgrund welcher Faktoren Bauen teurer geworden ist, ist doch das, was in der Landesbauordnung vorgesehen wurde, beispielsweise Abstandsflächen, nur ein kleiner Punkt von all denen, die man aufführen könnte.

In Bezug auf die energetische Sanierung bzw. energetischen Aspekte – die CDU regiert doch seit zwölf Jahren in Berlin – ist zu fragen: Wo bleibt beispielsweise die Novelle der EnEV?

(Zuruf von der AfD: Die gehört abgeschafft!)

Sie können doch nicht den Grünen vorhalten, dass zu stark gedämmt wurde. Das hätten Sie doch in Ihrer Regierungszeit längst umsetzen können.

(Zuruf von der AfD: Für wen denn?)

Wenn man über Kostenaspekte beim Bau reden will, kann man das gern tun. Natürlich ist Bauen in den letzten Jahren teurer geworden. Dann muss man aber alle Aspekte berücksichtigen und kann nicht die Schuld für diese Misere auf die von der Vorgängerregierung auf den Weg gebrachte Landesbauordnung schieben. Sie ist nämlich nie in Kraft getreten.

Frau Ministerin, ich bin sehr gespannt, was Sie morgen früh vorstellen. Ich habe eine gewisse Hoffnung, dass auch ein paar vernünftige Vorschläge dabei sein werden. Ich würde mir wünschen, dass Sie die ganze Landesbauordnung zügig auf den Weg bringen und dass es nicht wieder ein ganzes Jahr braucht, sondern dass man vielleicht eine Regelung findet, die breite Teile dieser Bauordnung, auch mit Ihren neuen Vorschlägen, so auf den Weg kommen lässt, dass wir im nächsten Jahr eine rechtssichere Lage haben, damit den gegebenen Notwendigkeiten – schneller Wohnungsbau, Mietwohnungsbau – unter den verschiedenen Aspekten zügig begegnet werden kann und die Regelungen in Kraft treten können. Ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Klocke. – Als nächster Redner ist für die AfD Herr Beckamp vermerkt.

Roger Beckamp (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Je später der Abend, umso fataler die Erkenntnisse. Herr Klocke hat recht. Herr Klocke hat den Maßstab der Planungssicherheit angebracht, und das ist in der Tat richtig.

Das haben auch die kommunalen Spitzenverbände gesagt. Sie wollten Planungssicherheit und deswegen keinen Flickenteppich. Sie wollten nicht später

noch ein bisschen ändern, aber erst einmal in Kraft treten lassen. Wenn man sich dafür entscheidet, nicht direkt alles in Kraft treten zu lassen, dann bitte auch warten und alles auf einmal ändern, damit dann auch Planungssicherheit herrschen kann! – Das war die Ansicht der kommunalen Spitzenverbände. Alle anderen Verbände waren sowieso der Ansicht, dass man warten sollte.

Dann können wir uns überlegen: Kann es sein, dass wir seit Jahren mit einer Landesbauordnung leben und dass gebaut wird und dass genau diese Landesbauordnung jetzt einfach ein Jahr länger gilt? – Das war es dann auch schon. Dann kann man noch einmal genau hinschauen, ob das, was an Barrierefreiheitsgelüsten ausgelebt wurde – ohne Bedarf, denn der Bedarf wurde ja nicht ermittelt –, wirklich sinnvoll ist oder ob man nicht vielleicht sagt: Naja, wenn es Kosten steigert, sollte man darüber nachdenken, ob es wirklich auch zielgerichtet ist.

Insofern brennt während des Moratoriums überhaupt nichts an, es ist völlig unproblematisch. Wenn dann nach einem Jahr endlich etwas feststeht, was auch lange gilt, haben Sie Planungssicherheit und vielleicht endlich auch weniger Kosten, und Sie haben das, was wir alle wollen: bezahlbaren Wohnraum in NRW. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Beckamp. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat braucht es ein Aufschieben der gesamten Landesbauordnung, lieber Herr Abgeordneter Klocke. Ich möchte Ihnen das auch begründen.

Sie haben im Ausschuss ja auch schon vorgetragen: Warum lassen Sie nicht einzelne Regelungen in Kraft treten und nivellieren das Ganze dann einzelgesetzlich?

Es würde keinen Sinn machen, weil Sie ansonsten Teile der von Ihnen verabschiedeten Landesbauordnung am 28. Dezember dieses Jahres in Kraft treten lassen würden und damit ein Recht schaffen, auf das sich alle am Bau Beteiligten einstellen. Und dann würden Sie innerhalb des nächsten Jahres womöglich dieses Recht wieder ändern. Damit erzeugen Sie mehr Rechtsunsicherheit, als wenn Sie eine gesamte Bauordnung einmal für ein Jahr anhalten.

Wir haben Ihnen gegenüber sehr frühzeitig signalisiert, dass wir dieses Moratorium dafür nutzen wollen, ein neues Bauordnungsrecht für Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, das Bauordnungsrecht zu

modernisieren, es umfassend an die Musterbauordnung anzupassen, und zwar aus dem einfachen Grunde, damit wir die Baukostensteigerungen, die sich eben aus 16 möglicherweise unterschiedlichen länderspezifischen Bauordnungsrechten für Handwerker, für die am Bau Beteiligten ergeben, reduzieren, weil sie sich länderübergreifend auf weniger Differenzen einstellen müssen.

Das werden wir tun, und das wird auch das Abstandsflächenrecht betreffen, weil wir dem bundesdeutschen Grundsatz „Innen- vor Außenverdichtung“ auch in Nordrhein-Westfalen Rechnung tragen wollen. Das heißt, wir werden mit dem, was wir Ihnen zur Beratung vorlegen werden, in erheblicher Weise dazu beitragen, dass das Nachverdichtungspotenzial besonders in den Ballungsräumen in Nordrhein-Westfalen gestärkt wird.

Wir haben auch deswegen vorgeschlagen, diese Landesbauordnung um ein Jahr aufzuschieben, weil wir eben das, was Sie auf den Weg gebracht haben, auf baukostensteigernde Regelungen und auch auf Regelungen, die Bauen, Planen und Genehmigen verlangsamen, überprüfen.

Denn – und das habe ich heute Mittag im Rahmen der Haushaltsdebatte schon gesagt – Sie haben über verschiedene Politiken in den vergangenen sieben Jahren, ob das LEP-Restriktionen sind, ob das Restriktionen im Zusammenhang mit Wohnraumförderung sind, ob das Restriktionen im Zusammenhang mit dem Bauordnungsrecht sind, dazu beigetragen, Investitionsunsicherheit in Nordrhein-Westfalen auszulösen, und insgesamt dazu beigetragen, dass insbesondere die, die im Wohnungsbau unterwegs sind, die privaten Kleinvermieter, nahezu vollständig aus dem Neubau ausgestiegen sind und sich auch die großen Investoren zunehmend aus dem Wohnungsbau zurückgezogen haben.

Neben der Wohnraumförderung als einem großen Baustein, den wir heute Mittag debattiert haben – 800 Millionen € pro Jahr schwer, 4 Milliarden € bis 2022 –,

(Sven Wolf [SPD]: 300 Millionen leichter, Frau Ministerin!)

wird die Bauordnungsnovelle, die Modernisierung des nordrhein-westfälischen Rechts, der zweite große Baustein sein, um das Bauen in Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen, um das Bauen in Nordrhein-Westfalen kostengünstiger zu gestalten und gleichzeitig das Bauordnungsrecht, das im Wesentlichen Gefahrenabwehrrecht ist, aber inzwischen auch dazu dient, soziale Mindeststandards insbesondere beim Wohnen zu gewährleisten, an moderne und nachhaltige Entwicklungen im einwohnerstärksten Bundesland hier in Nordrhein-Westfalen anzupassen.

Wir werden Ihnen sehr zügig einen Entwurf zur Debatte vorlegen, weil wir – das ist die Absicht, auch

mehrfach bekundet – uns vor der Sommerpause 2018 wünschen, dass der Landtag in eine Beschlussfassung über ein neues Recht eintritt, sodass alle am Bau Beteiligten dann die entsprechende Zeit haben, sich auf das neue Recht einzustellen.

Insofern bedanken wir uns, wenn heute das Moratorium hier mit breiter Mehrheit beschlossen und die Landesbauordnung aufgeschoben wird, dass wir insgesamt die Zeit erhalten, das nordrhein-westfälische Bauordnungsrecht zu modernisieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. Dann wollen wir mal sehen, ob das geht, wie Sie es sich gewünscht haben.

Wir stimmen ab. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt in Drucksache 17/1418 – Neudruck –, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/493 unverändert anzunehmen. Wir kommen also zu Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/493 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – CDU, FDP sowie die AfD-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Langguth. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/493** mit breiter Mehrheit **angenommen und in zweiter Lesung verabschiedet**.

Wir rufen auf:

4 Öffentliche Eigentümerstruktur des Flughafens Köln/Bonn nicht leichtfertig aus der Hand geben – Steuerungsmöglichkeiten für Lärmschutz und Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern behalten – Privatisierung von Bundes- und Landesanteilen am Flughafen Köln/Bonn verhindern

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1431

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1540

Ich eröffne die Aussprache, und für die antragstellende Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Horst Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir zur Kenntnis nehmen mussten, dass der frühere Vorsitzende der